

StD Müller erläutert die Sitzungsvorlage zur etwaigen Rückübertragung von Aufgaben im Rahmen der Grundsicherung und des Asylbewerberleistungsgesetzes an den Landkreis Friesland. BM Böhling weist ergänzend auf die politische Zielvorgabe zur Senkung der Personalkostenquote sowie die anstehenden Personalwechsel im Bereich der Kernverwaltung und die künftige Fallzahlenentwicklung der betroffenen Arbeitsbereiche hin.

RM Kujath erklärt die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zur vorgeschlagenen Aufgabenverlagerung und beschreibt diese als sozial unverträgliche Maßnahme im Hinblick auf den Verlust von Bürgernähe und Beratungskompetenz sowie den Abbau der - gerade für diese betroffenen BürgerInnen bedeutenden - (sozialen) Kontakte innerhalb des Rathauses.

Sowohl RM Sudholz als auch RM Ostendorf heben die Notwendigkeit zur Reduzierung der Personalkosten hervor und bitten die SPD-Fraktion um alternative Vorschläge zur Einsparung der in der Sitzungsvorlage genannten Personalkosten in Höhe von ca. 46.500 €.